

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gleichstellungsgesetz

„Abbauen, ausdünnen, versäuen – das scheint die Devise des Thüringer Gleichstellungsgesetzes zu sein, das die Landesregierung nun präsentiert“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Drei Jahre habe Sozialministerin Taubert dazu gebraucht, einen Vorschlag auf den Tisch zu legen – „einen völlig kontraproduktiven“. Ein Gesetz, mit dem 134 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, also 74 Prozent, eingespart werden sollen, die Geltungsdauer der Gleichstellungspläne von vier auf sechs Jahre ausgedehnt wird und bei dem es weder eine fortschrittliche Regelung für die Gremienbesetzung noch ein Verbandsklagerecht geben soll, sei das Papier wert, auf dem es gedruckt werde.

DIE LINKE hat schon vor einem halben Jahr einen zukunftsweisen Gesetzentwurf vorgelegt. „Wer Gleichstellung von Frauen und Männern in Thüringen wirklich voranbringen will, braucht mehr Gleichstellungsbeauftragte und muss ihnen eine volle Stelle und ein eigenes Budget zur Verfügung stellen“, betonte die Abgeordnete. Wie jedoch mehr Frauen in Führungspositionen kommen sollen, wenn die Maßnahmen nur noch alle sechs Jahre festgelegt würden, sei das Geheimnis der Landesregierung.

Die habe auf diesem Gebiet mit der Besetzung von Staatssekretärsposten, Abteilungsleiter- und Referatsleiterstellen vor allem durch Männer bewiesen, dass Gleichstellung ein Lippenbekenntnis sei, das nicht gelebt werde. DIE LINKE forderte die Landesregierung auf, die Kürzungen wieder aus dem Gesetz zu streichen und sich für eine progressive Förderung der Gleichstellung einzusetzen. ■

# „Immer die alte Leier“

## Aus dem Plenarprotokoll der Landtagsdebatte zum Thüringer Ladenöffnungsgesetz

**Die FDP-Fraktion hatte mit ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes am 20. September im Landtag eine heftige Debatte ausgelöst. Hier Auszüge daraus:**

**Thomas L. Kemmerich, FDP:**

Es geht um Ladenöffnung, scheinbar eine hoch emotionale, hoch wichtige Frage, aber in negativer Hinsicht, weil die Politik sich einmischen will in niemals doch sehr freie Entscheidungen von verschiedenen Interessengruppen der Bevölkerung. (...) Inzwischen ist es so weit, dass wir mal wieder negative Blaupause in Thüringen geworden sind. Die Republik schaut auf uns, die Arbeitnehmerschaft, die Arbeitgeberschaft. Inzwischen hat zum Beispiel der Möbeleinzelhändler Höffner Verfassungsklage erhoben gegen die Regelung aus unserem Freistaat. Ich denke, das sollte uns Mahnung sein, uns hier doch zu bewegen. (...)

**Christian Gumprecht, CDU:**

Wir werden heute den Antrag, den die FDP zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes eingebracht hat, ablehnen. Ein halbes Jahr nach Neueinführung des Gesetzes muss man nicht noch mal ändern, wenn es nicht notwendig ist und wir halten es nicht für notwendig. Wir teilen auch Ihre Meinung nicht, Herr Kemmerich, dass es niemanden gibt, der für das Gesetz spricht. (...)

**Anja Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

(...)Am gleichen Tag, als diese denkwürdige Ausschuss-Sitzung stattfand, hat hier vor dem Landtag ver.di demonstriert, und zwar mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die uns deutlich gemacht haben, was sie von der derzeitigen Regelung zum Laden-

öffnungsgesetz eigentlich halten. Es ist schade, dass die FDP da offenbar nicht zugehört hat, weil sie sehr wohl vernommen haben könnte, dass zumindest die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht wollen, dass über sie Ihr Begriff von Freiheit hereinbricht, sondern dass sie ganz klar sagen, wir brauchen eine Regelung, um auch samstags mit unseren Familien wenigstens gelegentlich Zeit verbringen zu können. (...)

**David Eckardt, SPD:**

Was mir aber bei den Ausführungen des Kollegen Kemmerich in den Sinn



gekommen ist, ist die Hoffnung, dass die Thüringer Wählerinnen und Wähler in zwei Jahren der FDP Arbeitsverbot hier im Thüringer Landtag erteilen, denn, was da gekommen ist, war unerträglich. (...)

**Ina Leukefeld, DIE LINKE:**

Ich darf Sie noch mal daran erinnern, dass wir als LINKE einen Gesetzentwurf eingebracht hatten, der hier mehrheitlich abgelehnt wurde. Wir wollten eine deutliche Begrenzung der Ladenöffnungszeiten von 6.00 bis 20.00 Uhr, und zwar im Interesse der Beschäftigten und auch im Interesse

der kleinen Ladeninhaber, gerade eben auch in den Innenstädten, die so hohe Betriebskosten haben, dass es sich gar nicht rechnet.

(...) Herr Kemmerich hat hier ja umfassend ausgeführt, man müsse die Unternehmen, die Geschäfte, die Läden stärken, um dem Internethandel Einhalt zu gebieten. Herr Kemmerich, ich weiß nicht, ob es Ihnen entgangen ist, dass gerade im Raum Erfurt sehr viel partizipiert wird vom Internethandel, beispielsweise mit der Ansiedlung von Zalando sollen hier 3.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

*(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Alles hochqualifizierte vermutlich.)*

Das weiß ich nicht. Qualifiziert sind sie durchaus, ich würde das auch nicht herunterspielen. Worauf wir gemeinschaftlich aufpassen müssen, dass sie ordentlich bezahlt werden und eben nicht zu Dumpinglöhnen und geringfügiger Beschäftigung dort eingesetzt werden, sondern zu ordentlichen Konditionen für gute Arbeit. (...)

**Bodo Ramelow, DIE LINKE:**

(...) Dieselbe Rede, die Herr Kemmerich hier gehalten hat, habe ich vor 20 Jahren schon gehört. Die Welt geht unter, wurde damals apostrophiert. Die Kunden stehen vor den Läden, können nichts kaufen usw. Es ist immer dieselbe alte Leier, nur immer neu aufgekocht.

(...) Die eigentlichen Auseinandersetzungen finden dort statt, wo am Samstag kein Personal da ist, weil die Unternehmen kein Personal eingestellt haben, weil im Einzelhandel mit den Öffnungszeiten der Druck auf das Personal immer größer geworden ist und, seitdem das Ladenschlussgesetz abgeschafft worden ist, tatsächlich die Lohnsituation der Beschäftigten immer weiter nach unten getrieben worden ist – danke, FDP. ■

## AG Kultur konstituierte sich neu

Am 26. September setzte sich eine langjährige Tradition der außerparlamentarischen Arbeit fort. Die AG Kultur der Landtagsfraktion DIE LINKE konstituierte sich im Kultur- und Kongresszentrum Gera neu und widmete sich in einer ersten Beratung dem Thema „Kultur und Wirtschaft“.

Gerade vor dem Hintergrund der immer knapper werdenden öffentlichen Mittel beschäftigten sich etwa 20 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft um Kulturpolitikerin Dr. Birgit Klaubert auch mit der Frage der Wertigkeit von Kultur in der heutigen Gesellschaft und wie eine adäquate finanzielle Grundlage geschaffen werden kann.

Geras neugewählte Oberbürgermeisterin, Dr. Viola Hahn, die sich über eine Stunde Zeit für die Gäste in ihrer Stadt nahm, erläuterte an praktischen Beispielen, wie dem Kunsthaus oder auch dem Theater, ihre kulturpolitischen Visionen für die Otto-Dix-Stadt

und die finanziellen Zwänge, die viele Vorhaben oftmals vorzeitig zum Scheitern verurteilen.

Die Mitglieder der AG Kultur, darunter auch die Geschäftsführerin des Kulturrats Thüringen, Christina Onnasch, regionale Künstlerinnen und Künstler, Mitarbeiter und Abgeordnete der Landtagsfraktion sowie Vertreterinnen und Vertreter Thüringer Kultureinrichtungen, waren sich einig: Kultur darf nicht länger eine „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen sein.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen führte Mike Huster, MdL der LINKEN aus Gera, die Arbeitsgemeinschaft in den Steinweg. Dort hat sich mittlerweile eine kreative alternative Szene entwickelt. Fast scheint es, als hätte eine handvoll Menschen ihre Stadt ein Stück zurück erobert. Die Energie ist fast magisch und macht Hoffnung auf eine positive kulturelle Zukunft der Stadt.



Im Atelier Opus 7 berichteten dann junge Künstler von ihrem Kunst- und Kulturverständnis und auch von ihren finanziellen Schwierigkeiten. Dennoch überwog ihr Enthusiasmus deutlich. Ihre Kunst, vielseitig, lebendig, lebensbejahend, wird häufig nicht einfach verkauft, sondern der Erlös der Bilder wird von den Künstlern an soziale Einrichtungen und Projekte gespendet.

Auch die Künstlerin Ute Rückert öffnete ihr kleines Atelier für die Mitglieder der AG Kultur und präsentierte ihre

ganz eigene Form der Kunst, die sich momentan sehr an russischen Einflüssen orientiert.

Die AG Kultur ist offen für alle Kunst- und Kulturinteressierten und wird sich nun wieder regelmäßig zu bestimmten kulturpolitischen Themen an beispielhaften Orten treffen.

Im Rahmen der Neukonstituierung sind die

kulturpolitische Referentin der Fraktion, Katja Mitteldorf, und der kulturpolitische Sprecher des Landesverbandes der Linken, Thomas Bienert, als Verantwortliche benannt worden. Mitteldorf vertritt die Arbeitsgemeinschaft auch im bundesweiten Zusammenschluss, der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz.

Bei Interesse an der AG Kultur kann man sich per Mail an [mitteldorf@die-linke-thl.de](mailto:mitteldorf@die-linke-thl.de) wenden. ■